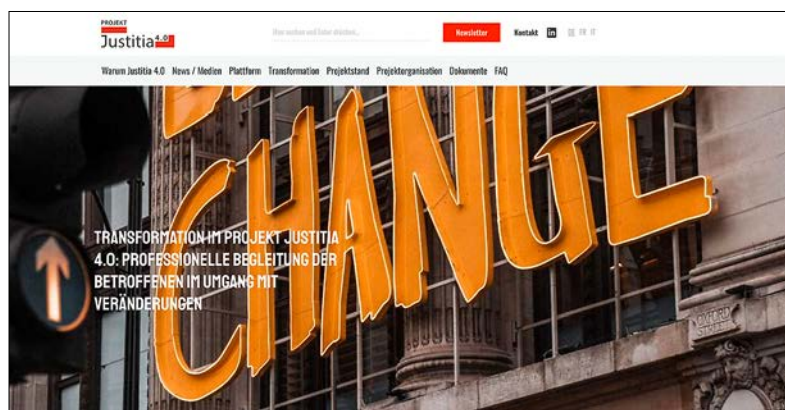


Erbschaftskonkurse auf Höchststand

Die Zahl der Konkursöffnungen stieg im vergangenen Jahr auf ein Rekordhoch: Die Gerichte eröffneten 16 253 Konkurse über Firmen und Privatpersonen. Das sind 445 mehr als im Rekordjahr 2019 mit 15 808 Konkursen und ist der höchste Stand seit Erhebung der Daten.

Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) wurde 2021 über 7606 Firmen der Konkurs eröffnet. Das sind 8,6 Prozent mehr als im Vorjahr (7002), aber 863 weniger als im Rekordjahr 2018 mit 8469 Konkursverfahren. Die Zahl der Privatkonkurse erhöhte sich auf 8467, weil die ausgeschlagenen Erbschaften um fast 1000 Verfahren auf 7306 zugenommen haben – ein neuer Rekord.

Die Verluste bei den durchgeführten Konkursen betragen laut BFS 4,2 Milliarden Franken. Grund für die hohen Verluste sind drei Konkursverfahren in den Kantonen Appenzell Ausserrrhoden, Thurgau und Schwyz mit Totalverlusten der Gläubiger von über 1,7 Milliarden Franken. **mk**



«Professionelle Begleitung der Betroffenen»: «Change»-Beraterinnen sollen Kritiker von Justitia 4.0 umstimmen

Steuergelder für Lobbyarbeit bei Justiz und Anwaltschaft

Anwälte und Behörden sollen mit viel Geld überzeugt werden, eine elektronische Justizplattform zu akzeptieren. Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) lässt sich das Millionen kosten. Die Werbeagentur Dachcom erhält 3,3 Millionen Franken, um das Projekt Justitia 4.0 beliebt zu machen (*plädoyer* 2/2022).

Ein internes Strategiepapier der Justizdirektoren zeigt: Die KKJPD finanzieren zusätzlich eine weitere Agentur für geziel-

te Massnahmen gegen «bedeutende Widerstände», wie die Zeitschrift «K-Tipp» berichtete. Die Ostschweizer Werbeagentur Leif hat den Auftrag erhalten, Kritiker in der Justiz umzustimmen. Zudem beschäftigen die KKJPD zwei sogenannte «Change»-Beraterinnen. Diese befragen etwa 150 Beamte und Anwälte regelmässig zu ihrer Meinung über die digitale Justizakte. Bei «bestehenden Blockaden und Widerständen» soll das Team laut Strategiepapier etwa mit Kursen aktiv werden. Zweck sind ein

«Perspektivenwechsel» sowie die «Identifikation und Elimination von Widerständen».

Justizdirektoren, Gerichtspersonal und die Anwaltschaft sollen also mit steuerfinanzierten Kursen dazu gebracht werden, ihre Meinung zum Projekt Justitia 4.0 zu ändern. Das Werbebudget für die Werbeagenturen liegt insgesamt bei gut 3,7 Millionen Franken. Dazu kommen die Kosten für vier Personen mit 275 Stellenprozenten für «Kommunikation» und «Veränderungsmanagement». **vm**

KEYSTONE



Glarner Landsgemeinde: Künftig leiten Juristen die Gerichte

Glarus schafft reine Laiengerichte ab

Die Glarner Landsgemeinde änderte die Verfassung und das Gerichtsorganisationsgesetz. Das Kantonsgericht und das Obergericht erhalten ein Vizepräsidentium. Die Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte müssen zudem neu ein juristisches Studium abgeschlossen haben. Gemäss dem Kantonsgerichtspräsidenten Daniel Anrig soll dies sicherstellen, dass keine

Kammer mehr von einem Milizrichter präsiert wird. Das Bundesparlament muss die Verfassungsrevision noch genehmigen.

Die Änderungen treten auf den 1. Juli in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt wählte die Landsgemeinde vom 1. Mai zudem beim Kantons- und Obergericht je eine Vizepräsidentin im Teilzeitpensum zur Verstärkung des Teams. **kk**



Seehotel und Postagentur Kastanienbaum LU:
Nachtportier Vitor Ramires stempelt Briefe bis Mitternacht ab

150 Kilometer für einen Poststempel

Seit zehn Jahren erwirtschaftet die Post Gewinne in dreistelliger Millionenhöhe. 2021 waren es 515 Millionen. Trotz der jährlichen Profite schloss die Post 103 Poststellen, bei vielen Filialen kürzte sie die Öffnungszeiten. Das betrifft auch die Anwaltschaft: Konnte man 2019 am Schalter der Sihlpost in Zürich noch bis 22.30 Uhr Eingaben abgeben, schliesst die grösste Zürcher Post ihre Tore seit zwei Jahren bereits um 20 Uhr.

Wer weite Wege nicht scheut, kann aber die Fristen auch nach acht Uhr abends noch wahren. Zum Beispiel im Luzerner Seehotel Kastanienbaum. Es betreibt eine Postagentur. Nachtportier Vitor Ramires nimmt an der Rezeption die Post bis Mitternacht entgegen. Der 58-Jährige zu *plädoyer*: «Die Anwälte bringen mindestens einmal pro Woche ihre Post zu uns. Kürzlich gab ein Anwalt um 23.50 Uhr einen Brief auf. Für

den Poststempel des aktuellen Tages sei er 150 Kilometer weit gefahren. Einige weitere Möglichkeiten, eingeschriebene Post auch nach 20 Uhr aufzugeben: Postfiliale Zürich Flughafen (täglich bis 21 Uhr), Berner Postparc (werktags bis 21 Uhr), Emmen Center, Emmenbrücke LU, sowie Pizolpark, Mels SG (freitags bis 21 Uhr).

Weitere Versandmöglichkeiten für eingeschriebene Briefe nach dem üblichen Schalterschluss gibt es bei Mypost-24-Automaten. Manche sind öffentlich zugänglich und ermöglichen eine Abgabe bis 23.59 Uhr. So zum Beispiel am Berner Europaplatz oder am Basler Flughafen. Der Automat bei der Zürcher Sihlpost schliesst um 22.30 Uhr, an anderen Automaten in der Stadt, zum Beispiel in Zürich Wiedikon, kann man Fristen bis 23.59 Uhr wahren. *gd*

Öffnungszeiten: www.post.ch/mypost24 → unten im Suchfenster Ortschaft eingeben und statt «Filiale» «My Post 24» wählen

“Ehe für alle” ab Juli in Kraft

Ab dem 1. Juli können homosexuelle Paare heiraten oder ihre eingetragene Partnerschaft in eine Ehe umwandeln. Dafür genügt eine gemeinsame Erklärung des Paares beim Zivilstandsamt. Bestehende Partnerschaften können weitergeführt werden, neue eingetragene Partnerschaften sind nicht mehr möglich. Der ausländische Ehegatte einer Person mit Schweizer Staatsangehörigkeit kann sich «erleichtert» einbürgern lassen. Zudem kann das

Ehepaar gemeinsam ein Kind adoptieren. Frauenpaare erhalten Zugang zur Samenspende. *mk*



Verheiratetes Frauenpaar:
Gemeinsame Adoption möglich

Menschenrechte: Revision auch nach Vergleich in Strassburg

Ab 1. Juli kann die Revision eines Bundesgerichtsurteils wegen Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention auch dann verlangt werden, wenn die Schweiz die Verletzung anerkennt und es zu einer gütlichen Einigung mit dem Betroffenen kommt. Bisher war eine Revision nur mög-

lich, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz verurteilte. Die Änderung geht auf eine parlamentarische Initiative des Genfer SVP-Nationalrats Yves Nidegger aus dem Jahr 2016 zurück. Bisher gab es 14 Verfahren gegen die Schweiz, die mit einer gütlichen Einigung endeten. *mk*